

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

12. Oktober – 18. Oktober 2024

Der französische Pharmakonzern Sanofi steht kurz vor dem Verkauf seiner Filiale Opella an den amerikanischen Investmentfonds CD&R. In den Medien wird dieser Verkauf heiß diskutiert und u.a. hinterfragt, ob man damit nicht die industrielle Souveränität Frankreichs aufs Spiel setzen würde. Die besagte Filiale produziert die frankreichweit bekannten Paracetamol-Tabletten „Doliprane“. Um die Angestellten der Fabrik zu beruhigen, reisten Wirtschaftsminister Armand und Industrieminister Ferracci am Montag den 14.10. in die betroffene Fabrik. Armand sprach sich dafür aus, dass „Doliprane“ weiterhin in Frankreich hergestellt wird, und forderte „extrem starke Garantien“. Die Regierung prüft außerdem eine mögliche Beteiligung des Staates am Kapital von Opella über Bpifrance (staatliche, französische Investitionsbank). Auch eine Blockierung des Deals schloss der Wirtschaftsminister nicht aus. Neues Feuer in der Sache entfachte sich 17. Oktober, als das französische Konsortium PAI, das sich ursprünglich aus dem Wettbewerb zurückgezogen hatte, ein neues Angebot in Höhe von 16 Milliarden€ einreichte, um Opella zu kaufen, obwohl Sanofi bereits mit dem amerikanischen CD&R verhandelt.

Die Regierung kündigt ein neues Einwanderungsgesetz zu Beginn des Jahres 2025 an. Diese Ankündigung machte die Regierungssprecherin Maud Bregeon am Sonntag, den 13. Oktober. Erst vor weniger als einem Jahr wurde ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet. Konkrete Maßnahmen sind noch nicht bekannt. Ziel des neuen Innenministers Retailleau ist es aber, die Maßnahmen, die er selbst im Januar eingebracht hatte, und welche dann aber vom Verfassungsrat zensiert worden sind, nun in das Gesetz mit aufzunehmen.

Das Haushaltsgesetz für 2025 wurde Ende der vergangenen Woche präsentiert und soll am 19. November verabschiedet werden. Auf dem Weg dahin werden zwei Abstimmungsteile erfolgen. Für den ersten Teil – welcher die Einnahmen betrifft – konnten letzte Änderungsvorschläge bis Sonntag, den 14. Oktober eingereicht werden. Vom 16. – 19. Oktober wird dieser Teil des Haushaltsgesetzes in den Ausschüssen beraten, vom 21. – 25. Oktober im Plenum diskutiert und am 29. Oktober verabschiedet. Erst wenn der erste Teil verabschiedet wurde, kann sich dem zweiten Teil, den Ausgaben, gewidmet werden. Diese betreffen dann insbesondere die Budgets der einzelnen Minister. Der Finanzausschuss der Nationalversammlung soll sich bis zum 4. November über den zweiten Teil beraten bevor er dann im Plenum vom 5. – 18. November diskutiert wird und schließlich am 19. November abschließend über den Haushalt abgestimmt wird.

Die vermeintlichen Aussagen Emmanuel Macrons über die Staatsgründung Israels sorgen national und international für großes Aufsehen. Der französische Präsident hatte demnach laut Medienberichten in einer Kabinettsitzung, in der es um den Krieg in Gaza und im Libanon ging, gesagt, dass „Israel nicht vergessen sollte, dass es durch eine Entscheidung der Vereinten Nationen gegründet wurde“. Senatspräsident Gérard Larcher zeigte sich erstaunt und qualifizierte die Aussage als „Unkenntnis der Geschichte“ während der Vorsitzende des Repräsentativen Rats der jüdischen Institutionen in Frankreich deutlich machte, dass, wenn „die dem Präsidenten der Republik zugeschriebenen Äußerungen [...] bestätigt werden, [diese] sowohl ein historischer als auch ein politischer Fehler [sind]“. Im Rahmen einer Pressekonferenz des EU-Gipfels in Brüssel griff Emmanuel Macron „Minister“, „Journalisten“ und „Kommentatoren“ gleichermaßen an. Macron forderte die Minister auf, „die Regeln und das Amt zu respektieren und keine falschen Informationen in Umlauf zu bringen“. Die Journalisten, so Macron, sollten die berichteten Äußerungen mit der „gebotenen Vorsicht behandeln“.

Die französischen und italienischen Behörden arbeiten bei der Bekämpfung der irregulären Migration zusammen und haben sich auf die Einrichtung einer Kooperationseinheit bis Anfang 2025 geeinigt. Das Projekt ähnelt einem britisch-französischem Modell, das seit Juli 2020 in Nordfrankreich eingerichtet wurde, um kriminelle Gruppen zu bekämpfen, die Überfahrten nach Großbritannien organisieren. Die französisch-italienische Initiative soll der Grenzpolizei angegliedert werden und die Aufgabe haben, gemeinsame

gerichtliche Ermittlungen einzuleiten, um die Schleusernetzwerke zu erschlagen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende des *Rassemblement National*, Jordan Bardella, wird sein erstes Buch veröffentlichen. Mit dem Titel „Ce que je cherche“ („Wonach ich suche“) wird das Buch am 9. November beim Verlag Fayard publiziert. Der Verlag gehört zur Vivendi-Gruppe, deren Besitzer der Milliardär Vincent Bolloré ist. Geleitet wird der Verlag von Lise Boëll, einer Verlegerin, die in den 2010er Jahren den Gründer und Vorsitzenden der rechtsextremen Partei „Reconquête“, Éric Zemmour, zu einem erfolgreichen Essayisten gemacht hatte.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

DIE ZAHL DER WOCHE

24 300

So viele Haushalte werden von der „außergewöhnlichen Steuer für die Reichen“ betroffen sein, die die Regierung Barnier verkündete. Die Steuer wird als Maßnahme zur Steuergerechtigkeit angepriesen. Betroffen sind Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 250.000€ für eine alleinstehende Person und 500.000€ für ein Paar.